

Dresden, 27.04.2023

Ankündigung des bundesweiten Aktionstages zur Finanzierung der Psychotherapie-Weiterbildung

“Psychotherapie in Gefahr - Weiterbildung finanzieren” - unter diesem zentralen Motto ist am Donnerstag, den 04.05.2023, ein bundesweiter Aktionstag der Psychologiestudierenden geplant. Mit einer Demonstration um 15 Uhr vor dem Bundesministerium für Gesundheit in Berlin sowie Aktionen und Demonstrationen in vielen weiteren Städten wollen die Studierenden als zukünftige Psychotherapeut*innen in Weiterbildung auf die unzureichende gesetzliche Regelung aufmerksam machen und für ihre Zukunft und eine gesicherte psychotherapeutische Versorgung kämpfen.

Die Heilberufsgesetze der Länder sehen vor, dass die gesamte Weiterbildung als Fachpsychotherapeut*in hauptberuflich, in gesicherten Anstellungsverhältnissen und mit einem angemessenen Gehalt erfolgt. Der Handlungsbedarf ist äußerst dringend, da es bereits erste Absolvent*innen der neuen Studiengänge und in der Folge die ersten neuapprobierten Psychotherapeut*innen gibt. Bis zum Frühjahr 2024 werden circa 1.000 Absolvent*innen des neuen Studiengangs erwartet. Ihre Zahl wird bis 2025 jährlich auf mindestens 2.500 steigen. Auch diesen ersten Generationen muss es von Beginn an möglich sein, ohne große Verzögerungen unter den gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen die Weiterbildung zum*zur Fachpsychotherapeut*in zu absolvieren und anschließend mit den gesetzlichen Krankenkassen abrechnen zu können. Bisher gibt es jedoch noch keine Weiterbildungsplätze und keine gesetzliche Grundlage für deren Finanzierung. Hierfür bedarf es einer gesetzlichen Regelung auf Bundesebene, die das Bundesgesundheitsministerium bisher jedoch versäumt hat. Dies muss umgehend nachgeholt werden, um die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland sowie die berufliche Zukunft der nächsten Generation Psychotherapeut*innen zu gewährleisten.

Nach verschiedenen Gesprächen hatte der Berufsstand, repräsentiert durch über 50 Verbände, Kammern und Fachgesellschaften, zuletzt am 28.03.2023 in einem gemeinsamen Brief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach appelliert, im Rahmen der geplanten Versorgungsgesetze auch die ausreichende Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeut*innen zu regeln. Da alle bisherigen Bemühungen und Sorgen nicht ausreichend ernst genommen wurden, ist es für uns Studierende Zeit, wieder laut zu werden und für unsere Rechte und für angemessene Bedingungen während der Weiterbildung zu kämpfen, wie wir es schon bei der Einführung der Reform getan haben. Koordiniert wird der geplante Aktionstag am 04.05.2023 von der AG Psychotherapie-Reform des PsyFaKo e.V.. Außerdem wurde eine Bundestagspetition eingereicht, deren Veröffentlichung zeitnah erwartet wird.

Pressekontakt: AG Psychotherapie-Reform des PsyFaKo e.V.

Ansprechperson: Felix Kiunke

Tel: 0172-8013979

E-Mail: psychthg@psyfako.org